

Israel und die Palästinenser

Gleichberechtigte Nachbarn

Als gleichberechtigte Menschen – nicht als Menschen zweiter Klasse – müssen die Palästinenser als Nachbarn respektiert werden. Dies war leider nie der Fall. Die im Februar 1970 Karriere machende Aussage von Golda Meir, «so etwas wie ein palästinensisches Volk gibt es nicht», hat nichts von ihrer Schlagkraft verloren.

Der Wille zum eigenen Staat war das klare Ziel der zionistischen Bewegung. Kein Mittel, dieses zu erreichen, wurde gescheut. Hier wurde ein «Staats-Ego» gezimmert, das seine Legitimation mit Rekurs auf die jüdische Geschichte – und diese wurde als eine des ewigen Leidens verstanden (was auch korrekt ist) – erhielt. Das ewige Leiden wurde aufgerechnet und durfte die Ethik des politischen Handelns klar bestimmen. Jede Kritik musste verstummen. Sie wurde sofort als antisemitisch aufgelöst. Dies gilt heute immer noch. Wir sind gut, die andern nicht. Diese einfache Verhaltensformel bestimmt den politischen Alltag. Doch das Gedicht vom jüdischen Dichter Erich Fried «Höre Israel» trifft den traurigen Sachverhalt ins Herz... Eure Sehnsucht war, wie die andern Völker zu werden, die auch mordeten. Nun seid ihr geworden wie sie...

Und Arafat, der für das Böse der Palästinenser steht? Fragen wir, was er objektiv tun kann? Wenig kann er tun, da es ihm unter anderem an Format fehlt. Doch kann man Menschen besänftigen, die täglich erfahren müssen, dass sie Menschen zweiter Klasse sind? Die Siedlungspolitik ist ein objektiver Beweis der Diskriminierung durch die israelische Führung. Die Lebensqualität der einfachen Menschen in Gaza, Ostjerusalem usw. ist grausam tief. Sollen sich dann die dort Aufgewachsenen wie Chorknaben verhalten? Ja, das sollen sie, aber doch nicht ganz – so hat die Stimme Israel immer wieder Stoff zu beweisen, wie gefährlich die Palästinenser sind. Dieses Verhaltensspiel ist eines der grausamen Art. Was immer die Palästinenser tun, es ist falsch.

Israel als militärische Grossmacht steht nicht einer palästinensischen Armee gegenüber. Wo keine Armee ist, ist auch keine wahre Bedrohung. Das israelische Militär ist im Krieg mit übergewichtigen Müttern, Kindern, korrupten Polizisten, Extremisten und Bomben legenden Selbstmördern. Und trotzdem spricht man von Notwehr und Selbstverteidigung, die den Einsatz von F-16-Kampfflugzeugen zwingend macht. Dies sieht eher nach einem Vernichtungsprogramm des Militärs aus. Wer herrscht, wer die Macht hat, trägt die volle Verantwortung für den Geschichtsverlauf. Ja, es braucht neue Männer (auch Frauen). Diese hat Israel, ob sie je die Chance haben, als verantwortungsvolle Handelnde aufzutreten, ist noch offen. Die andere Seite! Wenn sie die nächsten Monate überlebt, mag Frau Hanan Ashrawi das palästinensische Volk konstruktiv vertreten.

Konrad Jehuda Alvo (Saas i. Pr.)

Neue Männer braucht das Heilige Land

Ihr Leitartikel vom 19./20. Mai ist formal-rhetorisch eine Meisterleistung. Umso auffallender ist der Kontrast zur inhaltlichen Ausgestaltung. Abgesehen vom bemühten und naiven Schluss enttäuscht vor allem die zeitgeistgesteuerte und klischeehafte Argumentation zu «Oslo» und der Aussenwirkung israelischer Politik. Die Verträge von Oslo waren das Werk von (neuen oder alten) Männern, die in Richtung Frieden gehen wollten. Mehr oder anderes war zum damaligen Zeitpunkt, 1992/93, politisch nicht durchsetzbar. Nirgendwo. Heute wäre nicht einmal das durchsetzbar. Israel muss, wie die Schweiz, Politik für die eigene Bevölkerung machen. Auslandsjuden sind in der Regel keine Israeli. Die Lebensgrundlagen der Bürger des Heiligen Landes sind bedroht bzw. werden von Israel als bedroht angesehen. Eine Regierung, die ihre Bürger nicht schützt, würde nicht nur aus dem Amt gejagt, sondern vermutlich auch von der Redaktion der NZZ verurteilt. Hoffe ich jedenfalls.

Peter Heine (D-Leinfelden-Echterdingen)

Wo brauchen wir neue Männer?

Neue Männer braucht das Heilige Land! (NZZ 19./20. 5. 01) Nur gerade das Heilige Land? Und dürften es eventuell auch Frauen sein? Die Tonangebenden von der Uno und den USA heben tadelnd den Zeigefinger, wenn das israelische Militär auf Anweisung von drei Kabinettsmitgliedern wahllos palästinensische Gebiete bombardiert.

Deiss und die Neutralität

In Bern traf Bundesrat Deiss Nabil Schaaf, einen palästinensischen Führungsverantwortlichen. In seinen offiziellen Äusserungen vertrat Deiss einen einseitig antiisraelischen Standpunkt. Er sprach von Hinrichtungen in den besetzten Gebieten; gegen die todbringenden Terroranschläge, wie den jüngsten in Natanja, war seine Stimme nicht zu vernehmen. Hingegen will sich Bundesrat Deiss um die Einberufung einer Konferenz zur Anwendung der Vierten Genfer Konvention bemühen. Bei dieser Konferenz geht es einseitig um die Verurteilung von Israel. Fazit: Die offizielle Schweiz versteht die Palästinenser hundertprozentig; die Schuld und Verantwortung am Konflikt liegt nach Aussenminister Joseph Deiss allein bei Israel. Diese Haltung schmerzt; nicht nur, weil damit die Neutralität unseres Landes mit Füßen getreten wird.

Evelyn Teitler-Feinberg (Zürich)

diert. Hilfreiche Massnahmen haben sie nicht vorzuweisen. Was bewirken schon Aufrufe, Ermahnungen und unverbindliche Feststellungen einer Kommission? Der amerikanische Aussenminister Powell, an sich ein neuer Mann, beschwört beide Seiten, mit der Gewalt aufzuhören. Aber Neuheit allein bringt es auch nicht. Natürlich hört sich die Aufforderung auf Gewaltverzicht gut an. Zwar hat Sharon das israelische Militär im Griff; doch Arafat kann die Intifada, der er als betroffener Palästinenser Verständnis entgegenbringen muss, nicht einfach abstellen. Sollte der Haudegen Sharon die palästinensischen Gebiete gegen den Protest der ganzen Welt besetzen, müsste er erst beweisen, dass er mit den Heckenschützen der Hamas fertig werden kann. Die Vergeltungsschläge ergeben strategisch und politisch keinen Sinn.

Karl Palma (Zürich)

Erdrosselung Gazas auf Raten

In der NZZ vom 8. 5. 01 kritisiert der Leser J. Guggenheim den in der NZZ vom 28. 4. 01 erschienenen Bericht über die Zustände im Gazastreifen. Wer terrorisiert denn wen in Gaza? Die Besetzer fremden Territoriums und ihre überheblichen Siedler oder die Palästinenser, welche sich der brutalen Siedlungspolitik der Israeli widersetzen? Die dabei von den Israeli getöteten und verletzten Palästinenser, unter ihnen auch Kinder, möchte ich nicht auflisten. Sind Attentate für die Juden so etwas Fremdes? Ich erinnere an die blutigen Attentate jüdischer Einwanderer gegen die britische Mandatsmacht in Palästina. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Sprengung eines Flügels des King David Hotels in Jerusalem, am 22. Juli 1946, durch die jüdische Terrorgruppe «Irgun», bei der 91 Menschen ums Leben kamen und 45 weitere schwer verletzt wurden. Der Vergleich mit uns Schweizern ist total daneben. Wir besetzen und besiedeln keine fremden Gebiete und ziehen uns deshalb auch nicht den Zorn der Unterdrückten zu. Es würde sich doch sicher lohnen, über die Ursache der Bombenattentate und Beschiessungen jüdischer Siedlungen nachzudenken. Auch die Resolution 3379 vom 10. November 1975 durch die Uno-Generalversammlung, die den Zionismus nicht umsonst wegen Rassismus und Rassendiskriminierung verurteilt, wäre vielleicht einige Überlegungen wert.

Hans Tschudi (Schindellegi)

Treffsicher

Vielen Dank der NZZ für ihren Kommentar «Neue Männer braucht das Heilige Land!». Ihre Zeitung besticht durch objektive, treffsichere Analyse einer wahrlich tragischen Situation im nicht

Bumerang für Jeker

Ironie des Schicksals, dass Robert Jeker, dem gestürzten Verwaltungsratspräsidenten der Feldschlösschen-Hürlimann Holding, ausgerechnet Marc Rich in den Rücken gefallen ist (vgl. NZZ vom 27. 5. 01). Jener Marc Rich also, der schon die Triebfeder für die Abspaltung des Getränkegeschäfts bei Feldschlösschen war. Beim Ausverkauf der Schweizer Biergeschichte kamen Jeker die Machenschaften von Rich sehr gelegen. Schon damals musste Jeker sich im Klaren gewesen sein, dass Rich sich nicht um Stimmrechtsbeschränkung und Meldepflicht scheren würde, wenn er beträchtliches Kapital im Unternehmen anlegt. Jedenfalls gab sich Jeker bei der seinerzeitigen Schicksalsabstimmung auffällig siegessicher, was bei einem benötigten Zweidrittelquorum verblüffend muss. Schon damals wurden Stimmen laut, die eine Umgehung der Stimmrechtsbeschränkung vermuteten. Warum sollte sich Rich mit seiner Gewinnmaximierungsstrategie im Fall der «Getränkeabspaltung» anders verhalten haben, als ihm nun im Fall der geplatzten Fusion unterstellt wird? Und mutet es nicht scheinheilig an, wenn Jeker einen ehemaligen «Komplizen» des Mauscheles bezichtigt, nur weil sich für ihn die Vorzeichen geändert haben?

Harry Lütolf (Wohlen)

«Ein Tunnel ist keine Wohnung...»

... zu diesem verblüffenden Schluss kam gemäss NZZ vom 21. 5. 2001 das Bundesamt für Verkehr (BAV). Ausschlaggebend für diese «Erkenntnis» war gemäss BAV die Feststellung, dass die Teuerung im Tunnelbau jene des angewandten Zürcher Wohnbaukostenindex offenbar deutlich übertrifft. Nun darf der Bundesrat für die Neat-Tunnels teuerungsbedingte Mehrkosten von 2,1 Milliarden Franken beschliessen. Den Zürchern wünsche ich, dass – trotz tieferer Teuerung – weiterhin mehr Tageslicht in ihre Wohnungen als in die Berner Amtsstuben dringt!

Marc Wermelinger (Liebfeld)

Apropos russische Intelligenzia

In «Die Sammlerin der Seelen» (NZZ vom 28./29. 4. 01) wird erwähnt, dass Sainap «die Achtung vor der Mehrheit der russischen Intelligenzia verloren hat». Dafür darf sie sich aber ebenfalls bei denjenigen Landsleuten bedanken, die während dreier Jahre der faktischen Unabhängigkeit, 1996 bis 1999, die Elite dieser Intelligenzia mit Hohn und Spott überschüttet haben, wenn diese einen vernünftigen Dialog gesucht hat. So hat diese Elite z. B. bei der Einführung des Schariats davor gewarnt, dass dies und Ähnliches das kleine Land westeuropäische Sympathien

so heiligen Land. Solche Berichterstattung wird diesseits des Atlantiks stark vermisst, was umso enttäuschender ist, als die USA wohl die grösste Verantwortung tragen für die sich anbahnende Katastrophe und für das massive Unrecht, welches die Palästinenser während des letzten Jahrhunderts erfahren. Denn historisch betrachtet liegen die Wurzeln des Konfliktes in den hässlichen Auswüchsen europäischen Nationalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Hitler und Herzl waren Kinder dieses Gedankenguts. Durch die Verbrechen der Nazis wurde dann der Export einer ethnischen Staatsideologie in ein traditionell multireligiöses Umfeld im Nahen Osten nur noch beschleunigt. Dieses neokoloniale Missgeschick hat leider bei den Arabern ein negatives Bild der übrigen humanistischen demokratischen Werte des Westens hervorgerufen und eine selbstzerstörerische, verschwenderische Militarisierung der Gesellschaften legitimiert.

Gewiss, das Blutvergiessen von Hamas entbehrt jeder Rechtfertigung – aber die Verzweiflung ob eines vom Westen zu lange gutgeheissenen rassistischen Staates muss verstanden werden. Die beste Methode für den Westen gegen diesen Hass besteht in der Hervorhebung der Unabdingbarkeit wahrer Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz für alle als Sine qua non. Nur eine solche Forderung und ein sofortiges Entsenden einer massiven internationalen Beobachtertruppe à la Bosnien könnten jetzt das Schlimmste noch abwenden. Aber dazu fehlt es Washington an Courage, Verständnis und Ethik.

Mark Farha (Cambridge, USA)
Harvard University

«Hämische Karikatur»

Ich bin entsetzt über die zunehmend einseitige Berichterstattung der NZZ über den Palästinenseraufstand. Diejenigen, die die äusserst fairen Friedens- und Landangebote (96 Prozent der besetzten Gebiete) der früheren israelischen Regierung mit einer gezielten Hass- und Mordkampagne gegen Israel beantworteten, sind offenbar kein Thema für bissige NZZ-Kommentare. Diese werden jedoch für den demokratisch gewählten israelischen Ministerpräsidenten reserviert, der soeben den Mitchell-Plan akzeptiert und einen einseitigen Waffenstillstand beschlossen hat. In einer schamlosen hämischen Karikatur in Ihrer Zeitung, die direkt einem arabischen Propagandablatt entnommen zu sein scheint, wird Premier Sharon einseitig und ohne einen aktuellen Vorwand diffamiert. Es ist höchste Zeit, dass sich die NZZ darauf besinnt, objektiv und seriös über den israelisch-arabischen Konflikt zu berichten, und sich ihrer journalistischen Verantwortung bewusst wird.

Ron Ammann (Bern)

kosten könnte, was offensichtlich jetzt eingetreten ist und auch von der Autorin beklagt wird.

Sainap ist absolut bewundernswürdig, wie sie «die Seelen sammelt», doch genauso beispielhaft setzt sich seit langem ebenfalls der Rest der Frauen ganz Russlands ein. Ich habe es persönlich am Beispiel meiner Mutter und meiner Grossmutter erlebt. Die scheinbare Gedächtnislücke der Medien rechtfertigt nämlich die Erinnerung, dass die «Schreckensherrschaft der Besetzung durch eine fremde Macht» und deren Folgen in ganz Russland und somit auch im Lande Sainaps nicht erst seit 1999, sondern bereits seit 1917 andauern. Sie sind nicht die Folge der russischen Kultur, sondern derjenigen eines gewissen linken Westeuropäers namens Karl Marx. Bekanntlich fand 1917 in Russland die erste totalitäre Machtergreifung der Geschichte statt. Notabene mit bürgerlicher westeuropäischer Unterstützung (kaiserlich-deutsche Geldmittel und Logistik sowie eigenartige Mitwirkung von Schweiz und Schweden) gegen den bewaffneten Widerstand der geistigen Elite Russlands. Und auch die bürgerlichen Westalliierten standen keineswegs mit weisser Weste da, nachdem ihre Unterstützung der geistigen Elite Russlands schon im Hinblick auf die Versailler Beuteteilung nur halbherzig war. Fast alle geschichtlichen Ereignisse seit 1917 stehen mit dem Schlüsselereignis von 1917 in Zusammenhang, und auch das «Sammeln der Seelen» ist eine der Folgen davon.

Victor Lambert (Rickenbach-Attikon)

Numerus clausus im Fussball?

Zürchs Sportangebot lässt sich sehen. Es gibt zwar nach wie vor fünf Problembereiche, erfreulicherweise ist bei deren drei jedoch eine Lösung in Sicht: Die fehlenden Sporthallen können im Rahmen der Schulhausplanung realisiert werden, eine vom Gemeinderat überwiesene Motion verlangt eine zusätzliche Eisfläche auf der Eisbahn Heuried, und für die Modernisierung der veralteten Stadien gibt es immerhin Projekte.

Nicht gelöst sind die Probleme der Tendensarten (insbesondere Inline Skating und Skateboard) und der Rasensportarten. Grundsätzlich werden auch diese Bedürfnisse weder von der Politik noch von der Bevölkerung in Frage gestellt. Man ist sich einig, dass etwas für die Jugend getan werden soll. Auch bei der Standortfrage herrscht grosse Einigkeit: Nicht hier, sondern anderswo sollen diese Anlagen zu stehen kommen! Im Rahmen der BZO-Revision kommt die Stunde der Wahrheit. Der Gemeinderat muss Farbe bekennen und sagen, wo dieses «anderswo» liegt. Wenn er keine Grundstücke für diese Zwecke reserviert, heisst dies, dass er den Nume-

Der VCS und das Recht

In ihrem Bericht vom 21. Mai über die Interventionen des VCS stellt tö. anschaulich dar, in welcher absurden Machtposition wir den VCS haben gelangen lassen und welche beinahe hoheitlichen Gebaren dieser sich anmasset. Da traben also die Bauwilligen gehorsamst bei ihm an. Er prüft deren Projekte schon fast wie eine Baubehörde, ohne allerdings wie diese demokratisch legitimiert und vor allem kontrolliert zu sein. Die Bauherren sitzen nicht freiwillig an seinem Verhandlungstisch. Unter Androhung schwerster Nachteile – nämlich einer untragbaren Bauverzögerung – zwingt er sie auf diese unbequemen Stühle.

Der VCS braucht sich vorerst gar nicht gross darum zu kümmern, ob seine Forderungen – z. B. jene nach Mitfinanzierung einer Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr – im Recht abgestützt sind. Um bauen zu können, muss der Bauherr oft auf die Begehren des VCS eintreten ohne die Möglichkeit, diese innert nützlicher Frist durch den Richter auf ihre Rechtmässigkeit hin überprüfen zu lassen. Die ordentlichen Baubewilligungsbehörden erhalten ein Bauprojekt erst dann zu Gesicht, wenn es die Vorprüfung beim VCS gnädigst bestanden hat.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass ein privater Verein eine derart überwiegende Stellung erhält. Wir müssen dem VCS die Instrumente für seine Obstruktion aus der Hand nehmen. Die Rekursverfahren sind zu straffen, damit sie ein Bauherr gegebenenfalls in Kauf nehmen kann. Auf eidgenössischer Ebene ist das Verbandsbeschwerderecht zu überprüfen, und im Kanton muss die Baudirektion die «Weisung zur Regelung des Parkplatzbedarfs» auf das Wesentliche beschränken. Mit diesem Dokument liefert sie nämlich dem VCS den Sand, den dieser ins (Bau-)Getriebe streut.

Georg Krenger (Wiesendangen)

*

Wer streut Sand in die Bau-Maschinerie? (vgl. NZZ 21. 5. 01) Vor allem der VCS beim Projekt Eurogate. Zürich ist eine Stadt, deren Wachstum einer grossen Notwendigkeit entspricht, deren Raum aber immer knapper wird. Die Möglichkeit, sozusagen eine Einöde – das Geleisefeld der SBB – überbauen zu können, wird unmittelbar vor seiner hoffnungsvollen Realisation vom VCS torpediert, dessen Leitbild anscheinend die Verhinderung von allem und jedem und zu jeder Zeit ist. Ob nicht auch eine Machtdemonstration dahintersteht? Die Parkplätze sollen unter anderem Stein des Anstosses gewesen sein. Kann wirklich negiert werden, dass genügend Parkplätze auch zu Park und ride einladen, dass unnötiger Parkplatzsuchverkehr – mit dessen Luftbelastung – vermindert werden kann? Beschwerden bis zum Bundesgericht dauern meist ausserordentlich lange. Die Überbauung kann nicht zur gleichen Zeit wie die Gleisarbeiten realisiert werden. Völlig unnötige Kosten sind die Folge, von den technischen Problemen gar nicht zu sprechen. Den Investoren wachsen die sinnlosen Kosten über den Kopf, sie werden das Projekt fallen lassen. Ein ungeheurer Scherbenhaufen. Dies ist dem VCS egal. Verdankenswerterweise hat sogar Stadtpräsident Estermann ein Fragezeichen zur Verbandsbeschwerde gesetzt.

Hans Huggenberg (Rudolfstetten)

*

Ihr informativer Beitrag über den VCS vom 21. 5. wirft die Frage nach der Herkunft der Mittel dieses umstrittenen Verbandes auf. Es ist denkbar, dass die mit juristischen Mitteln erzwungenen Vergleiche mit den Bauherrschaften mit Zahlungen an den VCS verbunden sind. Diese könnten Quelle der Mittel für die Bezahlung der Kosten der unzähligen Rekurse und Gerichtsverfahren – und nicht zuletzt der daraus resultierenden Machtposition des VCS – sein. Wäre es daher nicht angebracht, über eine Neuregelung des überstrapazierten und für Missbrauch anfälligen Verbandsbeschwerderechts nachzudenken?

Nicolas Eber (Unterengstringen)

rus clausus im Fussball in Kauf nimmt. – Zu der im Artikel «Mauer des Widerstands gegen Fussballfelder» (NZZ 23. 5. 01) zitierten Idee, die benötigten Fussballplätze im «Erdbeerland» in Schlieren zu bauen, ist Folgendes zu sagen: Genau so begann die ganze Diskussion. Die Idee musste jedoch fallengelassen werden, weil die Stadt Schlieren eine solche Lösung ablehnt. Schlieren bot aber an, an diesem Standort Familiengärten zu akzeptieren. Die vorgeschlagene Rochade ist sowohl für die Gärten als auch für den Fussball akzeptabel und somit sinnvoll. Der Standort in Schlieren ist ausgesprochen attraktiv, unangenehm ist für die Gärtner nur die einmalige Zügelaktion.

Ernst Hännli (Zürich)

Chef des Sportamtes der Stadt Zürich

Die Redaktion dankt allen Einsendern von Leserbriefen und bittet sie um Verständnis dafür, dass sie über Beiträge, die nicht veröffentlicht werden, keine Korrespondenz führen kann. Bei der Auswahl werden kurz gefasste Zuschriften bevorzugt; die Redaktion muss sich vorbehalten, Manuskripte zu kürzen. Jede Einsendung – ob per Post, Fax oder E-Mail – muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein; Anonymes geht in den Papierkorb.